

# *Journal of Religious Culture*

*Journal für Religionskultur*

Ed. by / Hrsg. von Edmund Weber

in Association with / in Zusammenarbeit mit Matthias Benad

Institute for Irenics / Institut für Wissenschaftliche Irenik

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

ISSN 1434-5935- © E.Weber

**Nr. 57 (2002)**

**Corpus Christianum, Umma, weltliche Obrigkeit und bürgerlicher Staat.**

Eine Studie über kulturelle und religiöse Pluralität in Christentum, Islam und Moderne.

**Von**

**Edmund Weber**

Eine der inzwischen lebenswichtigen Fragen, die sich unsere Gesellschaft und Politik nicht nur zu stellen, sondern auch zu beantworten hat, ist die Frage, ob wir eine Gesellschaft wollen, die aus vielen Kulturen lebt, und ob wir einen Staat wollen, der das friedliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen unter Einschluß unterschiedlicher Religionen will und gewährleistet. Diese Frage ist keineswegs neu; sie stellte sich in der Geschichte immer wieder und überall. Die Menschen haben mit dieser Frage also bereits Erfahrungen gemacht. Wir stehen nicht vor einem absoluten Novum.

Daher möchte ich zunächst dieser Frage vergleichend religions- und kulturgeschichtlich nachgehen und insbesondere das traditionelle Christentum, den traditionellen Islam und die neuzeitlichen Ideen und Erfahrungen darlegen, um in diesem historischen Rahmen dann die moderne Fragestellung zu behandeln.

Die Verschiedenheit von Grundstrukturen des menschlichen Zusammenlebens hat sich nie verleugnen lassen. Ob man sie aber gebilligt oder gar gewollt, oder nur hingenommen und toleriert hat, stand stets auf einem anderen Blatt.

Die Geschichte hat zwar immer wieder ein Arrangement der verschiedenen Kulturen erzwungen; nur im äußersten Falle kam es zu Vernichtung einer spezifischen Kultur. Meist jedoch konnten die Sieger im interkulturellen Krieg die Hirne und Herzen der Besiegten nicht so bekehren oder umprogrammieren, wie sie es sich erträumten, vielmehr wurden sie sehr oft selbst von der unterworfenen Kultur der Besiegten besiegt.

Die Widerständigkeit der verinnerlichten Lebensformen, Lebensideen und Lebenspraxis, d. h. der Kultur, ist erfahrungsgemäß so stark, daß im interkulturellen Kampf im Höchsthfall eine synkretistische oder Mischkultur herauskommt, nicht aber die Kultur, die den Besiegten aufgezungen werden sollte.

Die offiziell siegreiche Kultur erklärte und erklärt sich stets zur Orthodoxie, zur allein gültigen und ewig wahren Lebensform. Aber Orthopraxie, ausgeübte Norm des alltäglichen Lebens, blieben meist doch die herkömmliche Sitte. Adat, wie man die reale Alltagskultur im Osten nennt, wurde eingerahmt in den Heiligen-Schein der Orthodoxie. Nur wenn Sitte und Brauch öffentlich formulierten Anerkennung verlangten, wenn sie mit der Orthodoxie um die offizielle kulturelle Herrschaft konkurrieren wollten, wurden sie als Häresie, Apostasie oder Perfidie denunziert und verfolgt.

Orthodoxe Kultur, d.h. die de facto herrschende, ist keineswegs diejenige, die am weitesten verbreitet ist, aber diejenige, vor der sich de facto alle anderen Kulturmuster rechtfertigen oder verbergen müssen. Sie herrscht, wenn an die Macht gekommen, durch rohe oder sanfte Gewalt. Nur dadurch, daß sie herrscht, ist sie Orthodoxie; sie herrscht nicht, weil sie wahr ist. Die Konstruktion von gesellschaftlicher Orthodoxie und Nichtorthodoxie lebt aber von der Idee, daß eine Gesellschaft nur durch einheitliches Denken, Handeln und Fühlen, durch aufeinander bezogenes, widerspruchsfreies Sozialverhalten aller ihrer Glieder bestehen könne. Solche Einheit sei nötig, weil ansonsten das Fundament des menschlichen Lebens, die Gesellschaft, das Kollektiv, sich selbst zerstöre.

Da sich aber immer widersprüchliche Tendenzen und Strukturen in Gesellschaften entwickeln, steht jede Gesellschaft vor der Frage, ob sie ihre inneren Gegensätzlichkeiten vernichten oder ausgleichen will, ob sie als Position die Opposition vernichten, oder ob sie sich und die Opposition dialektisch zur Synthese fortentwickeln will.

Gesellschaften, die innere Widersprüche ausrotten wollten, haben stets äußeren Gegnern die Chance geboten, sie zu erobern. Denn statt die gegensätzlichen Energien zu synthetisch zu kombinieren, haben solche Gesellschaften ihre stark entwickelten Energiestrukturen zur Selbstauflösung verwendet. Das christliche Oströmerreich ging an seinen inneren Widersprüchen zu Grunde. Kein Wunder daß es nur weniger muslimischer Reiterkompanien bedurfte, um die Heere der christlich-orthodoxen Byzantiner zu vertreiben.

Die kleinen Germanenstämme der Vandalen, Westgoten und Ostgoten hatten den muslimischen Erfolg schon früher durchexerziert.

Vergessen wir nicht: die Masse der orientalischen Christen begrüßte die arabischen Muslime als ihre Befreier! Noch heute denken sie so. Denn die Masse dieser Christen wurden von der herrschenden byzantinischen Staatskirche als Ketzler verfolgt, so die Kopten und syrischen Christen.

Und vergessen wir ebenfalls nicht, daß erst, nachdem die orientalischen Christen von den Muslimen vom Joch der zarathustrischen Herrscher des Irans befreit worden waren, die nestorianischen Christen ihr geradezu gigantische Missionswerk, das sie bis nach China führte, beginnen und durchführen konnten!

Gesellschaften also, die Widersprüche nicht als zu vernichtende Negationen, sondern als berechnete und sich ergänzende Unterschiedlichkeiten definierten und gelten ließen, haben die mit einander wetteifernden Kräfte zum inneren Frieden und damit zur Entfaltung immenser Prosperität nutzen können. Die islamische Zivilisation war dafür ein hervorragendes Beispiel. Vergleichbar war in dieser Hinsicht nur die indische Gesellschaft.

Die islamische Religion hat in ihrer ursprünglichen Form die Unterschiedlichkeit der Zivilisationen, Kulturen akzeptiert. Sie tat dies aber nicht aus taktischen Gründen. Sie hat vielmehr die Unterschiedlichkeiten der Rassen, Sprachen, und Religionen als göttliche Einrichtung bejaht. Gott hat diese Unterschiede nicht wie in der Geschichte vom Turmbau zu Babel als Strafe über hoffährige Menschen verhängt. Er hat die Multikulturalität vielmehr als hilfreiches Mittel zur Steigerung der sozialen Effizienz geplant und angeordnet. Die Unterschiede sind nicht vom Bösen, sondern vom Guten: sie dienen dazu, daß sich die Menschen einander ergänzen. Dieses Ergänzungsdogma stellt ein für allemal klar: der originäre Islam ist wesentlich irenisch. Eine bloß taktische Toleranz war den Muslimen fremd.

Für die Muslime war eine religiös-kulturelle Einheitsgesellschaft kein Ziel. Sie kannten nur die Einheit des Staates, des dawlat al-islamiyya, der die unterschiedlichen Kulturgemeinschaften nach außen zu beschützen, zwischen ihnen zu vermitteln und ihre Kommunikation untereinander zu regulieren hatte. Die muslimische Umma, das corpus islamicum, war nicht identisch mit dem islamischen Staat. Wie sollte er auch? Waren doch Jahrhunderte lang die Muslime nur eine Minderheit in den von ihnen kontrollierten Staatswesen.

Die Gesellschaft ist in dieser Sicht selbstverständlich keine monolithische Einheit, sondern eine durch den Zwangsinstitution Staat äußerlich zusammengehaltene komplexes Gebilde, ein von Gott gewolltes Konglomerat unterschiedlicher Ummas.

Von daher wird auch das erstaunliche geschichtliche Phänomen erklärlich: Der islamische Staat schützte eine Mehrheit, die gar nicht islamisch war! Staat und Kultur waren eben nicht identisch. Die Parole hieß: Ein Staat, aber viele Sprachen, Ethnien, Kulturen und Religionen.

Das Problem der sozialen Orthodoxie des traditionellen Islam war die Tatsache, die für die christliche Orthodoxie unbegreiflich war und ist: die islamische Orthodoxie war gezwungen tolerant zu sein, musste sie doch die Unterschiedlichkeit der Kulturen und Religionen als Willen Gottes lehren. Das bedeutete aber: Gäbe es nur eine Kultur, wäre dies eine widergöttliche, satanische Zivilisation. In der Religion gibt es, wie der Koran lehrt, kein Zwang.

Moderne sich islamische Republiken oder Monarchien nennende Staaten, die sogar monopolistische islamische Staatsreligionen bilden, sind folglich un- wenn nicht gar antiislamisch. Sie folgen dem Vorbild der alten orthodox-christlichen Gesellschaftsidee von der einheitlichen Gesellschaft, dem corpus christianum, in der andersgläubige Menschen grundsätzlich keinen Platz haben. Kein Wunder, daß die christliche Orthodoxie, als sie von der römischen Staatsmacht begünstigt wurde, sofort das Verbot aller nicht-orthodoxen Religionen verlangte. Jahrhunderte lang wurde dann versucht, das eine corpus christianum mit Gewalt, mit Feuer vor allem, durchzusetzen. Gelungen ist dies aber nicht. Die ständigen Versuche der gewaltsamen Vernichtung interner Unterschiede im religiösen Bereich schwächten schließlich die westliche Christenheit so sehr, daß der Islam bis ins 19. Jahrhundert hinein die dominante Weltmacht bildete.

Das ganze Mittelalter hindurch gab es für nichtorthodox-christliche Gemeinschaften im corpus christianum keine legitime öffentliche und private Existenzmöglichkeit. Es gab nur Gnadentoleranz, die jederzeit aufgekündigt werden konnte und wurde. Innerchristliche Alternativen wurden seit dem Mittelalter durch die Inquisition systematisch aufgespürt, verfolgt und wenn keine Kapitulation erfolgte, ausgerottet. Die orthodox-christlichen Herrschaftsgruppen wollten nur *eine* Kultur und keine zweite innerhalb der Gesellschaft.

Erst mit der Reformation Martin Luthers änderte sich diese gesellschaftsideologische Einstellung grundsätzlich. Denn Luther verwarf die Idee des corpus christianum. Er lehrte, daß das Reich Gottes auf Erden unsichtbar sei, daß es auf Erden nur geglaubt werden könne und von daher aber auch kein sichtbares christliches Reich auf Erden errichtet werden dürfe. Damit aber entfiel auch die Notwendigkeit, ein orthodox-christliches Reich mit allen Mitteln nach innen und außen zu verteidigen oder als irdisches Reich auszudehnen. Für Luther gibt es nur noch die von Gott eingesetzte weltliche Obrigkeit, die sich allein um weltliche Belange zu kümmern hat. Und göttlich sanktionierte Obrigkeit ist jede weltliche Obrigkeit, ihre Amtsträger mögen nun der orthodox-christlichen, der jüdischen, der muslimischen oder sonst einer Religion angehören.

Der türkische Sultan ist nach Luther ebenso Stellvertreter des christlichen Gottes auf Erden wie es einst der heidnische, die Christen verfolgende römische Kaiser war. Die Christen im Reiche des Sultans schulden daher diesem islamischen Herrscher genauso weltlichen Gehorsam wie Muslime und Juden einem christlichen Herrn. Die Religionszugehörigkeit spielt für die Legitimität des Herrschers keine Rolle mehr. Der Staat ist weltlich, er hat sich um weltliche Dinge zu kümmern; die individuelle Religion geht ihn nichts an. In religiösen Dingen, d.h. was man glaubt und nicht glaubt, ist man der Obrigkeit keinen Gehorsam schuldig. Seine

Obrigkeitsschrift trägt daher auch den Titel: "Von weltlicher Obrigkeit, wieweit man ihr Gehorsam schuldig sei." Schuldig ist man ihr Gehorsam eben nur in weltlichen Dingen. Deshalb spielt auch die Religion der Obrigkeit keine Rolle für die Entscheidung, ob man dem Sultan folgen müsse oder nicht. Luther hat darüber hinaus seinen Christen und den christlichen Obrigkeiten immer wieder "die Türken" als moralisches Vorbild vor Augen gehalten.

Im Westen wuchs nun mehr, wenn auch von herben Rückschlägen begleitet, die Erkenntnis, daß die Organisation der Gesellschaft nicht mehr von Religionsgemeinschaften bestimmt werden darf. Ob Menschen Christen sind oder nicht, entscheidet nicht darüber, ob sie legitime Untertanen sind oder nicht. Grundsätzlich hat jede Obrigkeit für alle ihre Untertanen zu sorgen, unangesehen ihrer Religionszugehörigkeit. Ob sie jedoch ihren Untertanen erlaubt, religiöse Gemeinschaften zu organisieren, ist ihrer Klugheit und ihrem politischen Willen anheimgestellt. Doch wenn sie es will, kann sie alle Religionen und Kulturen in ihrer Gesellschaft zulassen, ohne sich gegen Gottes Gebot zu vergehen. Den Menschen aber in ihrem Gewissen Glaube oder Unglaube vorzuschreiben, ist ihr dagegen strengstens verboten.

Der deutsche Reichstag zur Zeit Martin Luthers hat in einem religionsgeschichtlich revolutionären Akt dieses neuartige, mit herkömmlichen Mitteln friedlich gar nicht lösbare Religionsproblem in Deutschland für Jahrhunderte gelöst: der Reichstag akzeptierte als weltliche Obrigkeit und unter Umgehung der religiösen Kompetenz des Papstes die Existenz zweier gegensätzlicher Religionen; der Katholiken und Protestanten. In der Sprache des katholischen Mittelalters gewährte er der lutherischen Ketzerei dasselbe Existenzrecht wie der katholischen Orthodoxie.

Da die Macht der Vorstellung, daß es nur eine Religion geben dürfe, noch so übermächtig war, erklärte der Reichstag kurzerhand, daß beide Gruppe nur Religionsparteien ein und derselben Religion seien. Mit diesem juristischen Trick wurde die lutherische Ketzerei in den traditionellen Kategorien der Einheitsreligion reichsrechtlich legitimiert.

Die Einheitsideologie ließ aber die gleichörtliche Koexistenz noch nicht zu. Katholiken und Protestanten, so entschied daher der Reichstag, sollten in unterschiedlichen Territorien leben. Es wurde daher den weltlichen Fürsten und Obrigkeiten zu überlassen, über die Religion, die in ihrem Territorium gelten sollte, zu entscheiden. Auf diese Weise wurde die physische Konfrontation zwischen den Kontrahenten verhindert und ein friedliches Nebeneinander garantiert.

Darüber hinaus traf der Reichstag eine noch weitgehendere Entscheidung: jedermann sollte künftig das Recht haben, auszuwandern, wenn er der Religion, für die sich sein Landesherr entschieden hatte, nicht folgen wolle. Dies war ein unerhörtes neues Recht: zum ersten Male in der westlich-christlichen Religionsgeschichte durfte das Individuum über die eigene Religion entscheiden, ohne damit rechnen zu müssen, automatisch und rechtens als Ketzer oder Apostat bestraft oder getötet zu werden.

Auch wenn diese neue Religionsfreiheit auf die beiden genannten Religionsparteien beschränkt war: Entscheidend ist, daß das Prinzip, daß es nur ein und dieselbe Religion geben dürfe und daß daher ein Einzelner für sich keine religiöse Alternative wählen oder gar praktizieren dürfe, durchbrochen war.

Halten wir fest: das multireligiöse und damit multikulturelle Konzept der deutschen Fürsten und Städte, die den Reichstag bildeten, etablierte den einzigen Staat in Europa, indem von Rechts wegen, de jure, zwei Religionen koexistierten. Ein wahrhaft ungeheuerlicher Vorgang. In keinem Land Europas wurde so verfahren. Im Deutschland des 16. Jahrhunderts begann ohne Zweifel die multikulturelle Neuzeit des Abendlands.

In der folgenden Aufklärungszeit wird Religionsverschiedenheit immer mehr akzeptiert und erweitert. Die politische Dominanz der Religion nimmt ab. Religionskultur gilt nicht mehr als oberstes Kriterium des öffentlichen Lebens. An ihre Stelle tritt der Staat selbst und die von ihm gewünschte staatsreue Moral des einzelnen Untertanen. Religion wird nun danach bewertet, ob sie in der Lage ist, ihre Angehörigen zu befähigen, diese Staatsreue aufzubringen.

Religion wird zur Motivation der Staatsmoral. Auch die konkreten Religionsgemeinschaften und ihre Untergliederungen werden nach diesem Prinzip beurteilt. Sie werden vom Staat daraufhin befragt: Tragen sie durch ihre Tätigkeit dazu bei, daß die Menschen ein bürgerliches Arbeitsleben führen wollen und können. Wenn sie solche wie es heißt nützliche Arbeit verrichten, dürfen sie weiter bestehen. Allein diakonische und erzieherische Orden konnten so überleben. Wenn sie sich aber im Blick darauf nur nutzlosen Dingen widmeten, z.B. der religiösen Kontemplation, wurden sie, weil für die Beförderung der bürgerlichen Tugenden wertlos, als gesellschaftliche Schmarotzer abgeschafft.

Die Religionszugehörigkeit entschied nun nicht mehr über die Staatszugehörigkeit oder staatliche Akzeptanz. Toleranz gegenüber moralstabilisierenden Religionen war angesagt. Die Idee der positiven Religionskonkurrenz im Westen war geboren. Erst heute wird sie allgemein wirksam.

Halten wir fest: Die Aufklärung lehrt, daß jeder grundsätzlich nach seiner Façon selig werden, wenn die Façon, d.h. die Religion, nur den braven, staatstreuen, arbeitsamen und gehorsamen Untertanen hervorbringt. Es wundert daher nicht, daß die staatlichen Kirchenreform Maria Theresias und Josephs II. Protestanten, Orthodoxen und Juden mehr bürgerliche Rechte gewährte. Friedrich der Große und viele andere Fürsten hatten denn auch keine Probleme mehr, andersgläubige und anderskulturelle Menschen in ihre Länder zu rufen, wenn sie nur gute Untertanen und qualifizierte Arbeitskräfte waren, d.h. den Wohlstand des Landes förderten. So wurden massenhaft französische Calvinisten ins lutherische Preußen geholt oder kalvinistische Waldenser ins lutherische Hessen. Friedrich der Große erklärte einmal sogar, daß er, wenn denn tüchtige Türken ins Land kämen, und diese ordentlich arbeiteten, ihnen auch Moscheen bauen würde.

Diese multireligiöse und multikulturelle Lebensart verbreitet sich über ganz Mitteleuropa bis nach Russland hin.

Diese multikulturelle Entwicklung wurde aber durch das Entstehen der modernen sogenannten Nationalstaaten gewaltsam unterbrochen. Der pseudo-nationale Staat, der im 19. Jahrhundert vom ökonomischen Bürgertum geschaffen wurde, gründete sich allein auf sich selbst. Um sich zu erhalten und sich gegen andere Nationalstaaten abzugrenzen, entwickelt er eine künstliche National- d.h. staatliche Einheitskultur.

Er zwang allen Menschen seines Territoriums eine einzige Sprache und ein und dieselbe Staatsideologie auf. Den kulturellen Unterschieden in Sprache, Kultur und Ideologie wurde der Garaus gemacht. Frühe Paradebeispiele waren die gewaltsam durchgesetzte egalite der französischen Republik und Folgestaaten, oder die terroristische Niederwerfung der Schotten und Iren in Britannien. Im Faschismus und Stalinismus nahm dieser Staatsnationalismus oder besser der Staatstotalitarismus menschenverachtende Züge an.

In dieser neueren geschichtlichen Entwicklung wurden die Religionen peripher: zunächst wurden in den romanischen Ländern Europas und Amerikas wurden sie vom Bürgertum bekämpft. Unter den faschistischen Regimes wurden sie zu faschistischen Staatsreligionen degradiert (Spanien, Portugal, Italien). Die atheistischen Gewaltherrschaften des Nazismus, Stalinismus und Maoismus unterwarfen sie als staatsfeindliche Ideologien schärfster Repression. Die Kultur wurde in den staatlichen Gewaltherrschaften auf jeden Fall endgültig zur künstlichen Staatskultur herabgewürdigt. Kulturelle Differenzen wurden brutal unterdrückt oder ausgerottet. Der systematische Genozid, die Vernichtung ganzer Kulturgemeinschaften wie z.B. im Nationalsozialismus, Stalinismus, Maoismus, Polpotismus und Talibanismus ist da nur allzu logisch.

Diese Staatsideologie: ein Staat, eine Sprache, eine Ideologie, eine Kultur ist die größte historische Hypothek, die auf der Lösung der Probleme, die aus der unvermeidlichen globalen Migrationsbewegung, der modernen Völkerwanderung, noch immer lastet. Wir beginnen erst langsam zu begreifen, daß die monokulturistische Ideologie reichlich archaisch ist und einen Rückfall auf die Stufe von Stammeskulturen bedeutet. Die Opfer dieser gewaltsamen Archai-

sierung unserer modernen Geschichte samt der daraus folgenden Barbarisierung im 20. Jahrhundert sind historisch gesehen unvergleichlich.

Allerdings ist das nicht das unentrinnbare Schicksal der Moderne: dieser archaisierenden Politik und ihren verheerenden Verwüstungen materieller und geistiger Güter sind schwere Niederlagen beigebracht worden. Die Alternative, die freie Gesellschaftsform, ist auf dem Vormarsch. Es waren und sind die Ideen der bürgerlichen Freiheit des einzelnen, die den Staatsapparat in die Knie gezwungen haben und zwingen - sei es militärisch, ökonomisch oder ideologisch.

Die internationale Kooperation unterschiedlicher Kulturen, die sich in der Zeit der Herrschaft der sog. Nationalstaaten feindlich gegenüberstanden, die aber unter der Führung des wesentlich multikulturellen Amerika erkannten, daß kulturelle Freiheit des Einzelnen ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Macht hervorbringt, - diese Kooperation hat nicht nur die integrative Globalisierung ausgelöst; sie ist auch der Neubeginn einer globalen polymorphen Gesellschaft freier Bürger!

Der Staat oder schon immer mehr die Staatengemeinschaft wird allmählich zum Garant der produktiven, sogar Überlegenheit sichernden kulturellen Unterschiedlichkeit.

Daher sind heutige Staaten, die als islamisch gelten oder sich selbst so bezeichnen, die kulturelle oder auch nur religiöse Unterschiedlichkeit unterdrücken (Pakistan, Iran, Saudi-Arabien, etc.) in dieser und in der Perspektive ihrer eigenen Tradition aber nicht nur nicht modern; sie sind vielmehr anti-islamisch. Und westliche Staaten, die islamische Kultur in ihren Grenzen fürchten wie der Teufel das Weihwasser, sind nicht minder unmodern und sägen den Ast, auf dem sie sich ausruhen, ab.

Amerika wird weiterhin der lachende Dritte sein. Seine multikulturelle Kalkulation ist ganz einfach: hole die unterschiedlichen Kulturen ins Land, kombiniere sie und die Überlegenheit Amerikas über alle die Länder, die kulturelle Inzucht betreiben, bleibt erhalten oder wird wie man sieht noch ausgebaut.

Amerika hat gleichsam unbewusst, aber konsequent das multikulturelle Gesellschaftsmodell des traditionellen Islam aufgegriffen und zugleich modernisiert. Die Gleichberechtigung der Kulturen ist das Grundelement der amerikanischen Verfassung. Es zeigt, daß trotz oft gewalttätiger Kontroversen die extrem unterschiedlichen ethnischen, sprachlichen, religiösen und sonstigen kulturellen virtuellen "communities" zusammen seit über hundert Jahren die stärkste Gesellschaft der Welt bilden.

Dasselbe Denken scheint auch in Europa allmählich Platz zu greifen, auch wenn einige Länder wieder in nationalistische Panik zu verfallen scheinen.

Selbst China, das mit äußerster Härte in der Kulturrevolution eine Einheitskultur erzwingen wollte, hat gelernt. Es mischt nun Kapitalismus und Sozialismus zusammen, abgesehen davon, daß kulturelle Vielfalt immer mehr um sich greift. Allerdings ist die Verfolgung der Tibeter eine archaische Pestbeule in der modernisierenden Entwicklung des Reichs der Mitte.

Die historische Maxime für unsere Zukunft heißt also: Je mehr Kulturen im Land, desto besser für seine Entwicklung. Je mehr menschliche Vielfalt, desto stärker die Gesellschaft.

Multikulturalität ist, ob es einem gefällt oder nicht, zum Lebens- oder Überlebenselixier moderner Gesellschaften geworden.

Allerdings impliziert diese Multikulturalität die Freiheit des einzelnen nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber der Kulturgemeinschaft, der er durch Geburt oder Entscheidung angehört. Kulturgemeinschaften, die ihre Mitglieder beherrschen wollen oder sie rechtlich determinieren, bedrohen genauso die Evolution der Gesellschaft wie die staatstotalitären Systeme.

Die Vielfalt der Kulturen wird für eine moderne Gesellschaft, die immer mehr zur Weltgesellschaft wird, produktiv, wenn sie eine Vielfalt der Kulturen von kulturell souveränen Bürger ist. Die Ideologie, daß eine einmalige Entscheidung oder die Geburt oder einfache Mitglied-

schaft die kulturelle Selbstbestimmung des einzelnen aufheben, ist heute gesellschaftlich kontraproduktiv.

Dieses System baut nämlich nicht die fragile moderne Persönlichkeit auf, sondern schwächt sie. Kultur- und Religionsgemeinschaften haben heute die Aufgabe, den Einzelnen bei der Entwicklung der ihm angemessenen Religion und Kultur zu unterstützen, nicht ihn zu beherrschen. Kultur kann nicht mehr als kollektives Normensystem tradiert, sondern muß vom einzelnen stets neu erarbeitet werden. Die kulturellen Sozialagenturen, wozu auch die Religionsgemeinschaften zählen, haben also nur begleitende Hilfsfunktion im Prozeß der Herausbildung individueller Kultur und Religion.

Das, was der Staat vorrangig in der sozialen Erziehung fördern muß, ist daher die interkulturelle Kommunikationsfähigkeit der Individuen. Für die Religionsgemeinschaften heißt dies, daß sie vorrangig dazu verpflichtet werden müssen, interreligiöse Kommunikationsmodelle zu entwickeln und ihren Mitgliedern zu empfehlen. Das konkurrierende Wirtschaftsleben und der Wettbewerb der politischen Parteien zeigen, daß dies gelingen kann. Die biblischen Religionen dagegen verhalten sich heute oft noch wie autarke und exklusive Stammeskulturen, die anstatt profitablen Handel mit den Nachbarn zu treiben, im Kontaktfall lieber Krieg führen oder den Kopf in den Sand stecken.

Ein besonders schönes Beispiel dafür aber, daß freie kulturelle Vielfalt und interkultureller Austausch eine starke Gesellschaft hervorbringt, ist Frankfurt am Main. Wenn man in dieser Stadt die physische Luft kaum noch atmen kann, so atmet man dafür hier doch die frische Luft der interkulturellen Freiheit. Daß hier Menschen unterschiedlichster Kulturen zusammen leben und neuartige kulturelle Erfahrungen machen können, dafür liefert diese Stadt die besten Möglichkeiten. Die Frankfurt nutzt die Freiheit der kulturellen Selbstbestimmung, das das Grundgesetzes, das hier in Frankfurt 1949 beschlossen wurde, vorsieht. Daher hat diese Stadt alle Weltkulturen (samt ihren Banken und Reisebüros) versammelt. Aber nicht nur das: sie haben ein Amt für Multikulturelle Angelegenheiten eingerichtet, das mithelfen soll, daß sich neue Kulturen in diese Stadtgesellschaft integrieren und interkulturelle Konflikte friedlich gelöst werden können. Es ist aber an der Zeit, daß auch auf Landes- und Bundesebene selbständige politische Institutionen, .z.B. Ministerien für interkulturelle Beziehungen, eingerichtet werden, die eine öffentlich diskutierte und gesetzlich verantwortete Religionspolitik im oben genannten Sinne verfolgen. Deutschland, das in seiner Geschichte auch ein europäisches Vorbild für interkulturellen Fortschritt war, sollte sich auf diese seine Geschichte besinnen und es mit der Maxime Friedrichs des Großen, der doch bei uns offiziell so hoch verehrt wird, halten: wenn Türken ins Land kommen, und tüchtig arbeiten, werde ich ihnen Moscheen bauen.

Auch ist es dringend notwendig, um die interreligiöse Beziehungskultur auch von den Betroffenen her aus der gesellschaftlich höchst gefährlichen religionspolitischen Zufälligkeit herauszuführen, autonome Religionskammern einrichten, denen alle Religionsgemeinschaften angehören, die gemeinsame Probleme verhandeln und ihre Interessen gemeinsam formulieren, sowie eine freiwillige Selbstkontrolle durchführen.

Eine im öffentlichen Diskurs erarbeitete und verantwortete Religionspolitik gibt es in Deutschland bislang nicht. Aber es gibt geheime Agenden des faktischen Verhaltens der mächtigen gesellschaftlichen Institutionen gegenüber der Religion. Die Faktizität zeigt, daß sie dazu neigen, reformreligiösen und neuen religiösen Erscheinungen abzulehnen und statt dessen einseitige Privilegierungen von überholten Formen von Christentum und archaisierende Konservierung von allen Religionen zu begünstigen. Die historisch längst überholte religionspolitische Hypothese, daß Religion wesentlich kollektiv organisiert sei, und als solche dann von der Politik wahrgenommen werden müsse, gleichgültig wie immer man die einzelnen Religionskollektive beurteile, diese Hypothese ist der Grund dafür, daß es zu einer einerseits sterilen und andererseits wild wuchernden Religionslandschaft gekommen ist.

Die erste Enquetekommission des Deutschen Bundestages, die sich mit Religionspolitik befasste, kümmerte sich deshalb nicht darum, wie die Chancen des Einzelnen verbessert werden könnten, seine individuelle Religionskultur zu entwickeln, sondern beschränkte sich auf den Versuch, zu testen, ob nicht bestimmte neue religiöse Kollektive zu Gunsten alter Religionskollektive via geheimer Agenda in die Schranken gewiesen werden könnten. Das Ergebnis dieser Enquetekommission ist bezeichnend: zwar wurde darauf verzichtet, eine allgemeine staatliche Inquisition einzuführen, aber eine positive auf das Individuum zugeschnittene Religionspolitik wurde nicht formuliert.

Im Gegensatz zur Politik der Nachkriegszeit, die entschieden eine positive Religionspolitik gegenüber den beiden großen Kirchen vertrat, d.h. die Kirchen nicht ignorierte, verdächtigte oder sich selbst überließ, sondern massiv privilegierte und subventionierte, wird heute sogar den neuen Religionskollektive, z.B. islamischer, buddhistischer und hinduistischer Provenienz, solche Unterstützung versagt, ganz zu schweigen von dem eigentlichen Problem, daß der Einzelne als eigentliches Religionssubjekt, abgesehen vom formalen Recht auf Religionsfreiheit, noch gar nicht in den Blick der religiös gesehen äußerst konservativen Politik geraten ist.

Der Kampf gegen sogenannte Sekten ist auf Grund der geheimen religionspolitischen Agenda nur ein Ablenkungsmanöver, um weder neuen religiösen Kollektiven dieselben Privilegien, die den christlichen Großkollektiven gewährt werden (Religionsunterricht, theologische Fakultäten, Kirchensteuer, Vorgriff auf Einrichtung von Kindergärten und Sozialhilfeeinrichtungen usw.), zuzubilligen, noch die öffentliche Unterstützung der Entwicklung von religiöser Individualkultur wahrnehmen zu müssen.

Ein Modernisierungsschub, der durch die ganze Weltgesellschaft geht, ist aber auch für die Religionen fällig. Sein primärer Inhalt müßte die radikale Akzeptanz der religiösen Alleinherrschaft des Individuums durch Politik und Religionskollektive sowie die öffentliche Unterstützung all jener Kräfte, die die Herausbildung individueller Religionskultur fördern, sein.

Moderne Religionspolitik muß von der Vorstellung abgehen, daß nur traditionell kirchlich tradierte und verfasste Religion gesellschaftlich akzeptable sei und daß, wenn man schon die Vielfalt von Religionskollektiven hinnehmen müsse, das System der Zweiklassenreligionen, der privilegierten und nichtprivilegierten, beibehalten werden sollte. Insbesondere muß die Religionspolitik die Idee aufgeben - und dies wäre der radikalste Bruch mit der herrschenden politischen Religionsideologie, die geheime religionspolitische Agenda bestimmt -, daß Religion primär kollektivistisch sei.

Allein schon, daß die deutsche Politik hilflos der Tatsache gegenüber steht, daß die Muslime in diesem Land nicht in der weltlich-rechtlichen Gestalt eines zentralistischen Interessenverbandes organisiert sind, sondern sich auf unendlich viele selbständige Gruppen, Zentren und Anstaltsvereine, die zudem ganz unterschiedlichen religiösen, ethnischen und sprachlichen Kulturen folgen, verteilen, zeigt die extrem kirchlich-konservative Mentalität der politischen Klasse, der sie selbst dann folgen, wenn ihre Angehörigen gänzlich unkirchlich sein sollten. Die geheime Agenda lautet: Wenn nichtkirchliche Religion vom Staat wahrgenommen werden will, dann hat sie sich quasikirchlich zu organisieren und quasikirchliche Normen und Praktiken zu befolgen.

Wenn somit schon die neuen Kollektive nicht zum Zuge kommen, dann wird klar, daß erst recht der Einzelne mit Ansprüchen auf gleiche Unterstützung durch Staat und Öffentlichkeit, die den Kirchen gewährt werden, völlig außen vor bleiben muß.

Die USA dürften wohl das einzige Land sein, das nicht nur der religiösen Individualkultur die größten Chancen gibt, sondern sie systematisch zur Sicherung ihrer Vormachtstellung nutzt. Die Fixierung auf religiösen Kollektivismus und kirchlichen Traditionalismus in Europa dagegen sichert zwar überlebten Religionsorganisationen eine privilegierte Stellung, zwingt aber die Einzelnen entweder sich überholten Religionsmustern zu fügen oder unter extremem Innovationsdruck und gleichsam unprofessionell Modelle eigener Existenzmotivation zu entwi-



ckeln. Diese individuelle Religionsproduktion geschieht denn auch schon allenthalben. Die etablierten kollektivistischen Organisationen neigen auf Grund ihrer sog. Wahrheitsansprüche aber immer noch dazu, diese Grass-Root-Level-Religion als religiösen Markt, als patchwork, als Synkretismus usw. zu diffamieren. Die moderne Aufgabe von religiösen Kollektiven, religionspädagogische Zuarbeit zur Entwicklung individueller Religionskultur zu leisten, wird damit aber nur zu Lasten der Einzelnen verdrängt und begünstigt die Entstehung neuer Strukturen und Organisationen religiöser Entwicklungshilfe.

---

Back to /Zurück zum [Journal of Religious Culture](#)